



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/95

25. April 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

CDU verliess den Landtag	S.1
Der Staatsanwalt hat das Wort	S.3
Das Motto der Bäcker	S.3
USA und deutscher Nationalismus	S.4
Erinnerung an Konrad Haenisch (28. April)	S.6

Aufregung ist kein Argument

(sp.) Kiel, 25. April 1950

Die CDU Schleswig-Holsteins war schlecht beraten, als sie am Montag bei der Behandlung des Falles "Kieler Nachrichten" nach der

Verlesung von Schrift und Gegenschrift den Landtag verliess. Denn damit hat sie einer politischen Affäre, die vielleicht in der Aus-

einandersetzung Bonn/Petersberg (zu Unrecht) untergegangen wäre, erst recht die ihr gebührende Aufmerksamkeit verschafft. Intensiver

als ohne diesen Exodus der CDU werden nun auch politisch weniger an dieser Affäre interessierte Kreise nach dem kühlen Norden

blicken, dessen politisches Klima sich so unerwartet erhitzt hat und angestregter als ohne diesen Eklat wird man nach warum und wie, nach wenn und aber forschen.

Meinung, so sagen manche, soll in diesem Streit auf Meinung geprellt sein. So scheint es. Doch ist die Wahrheit ganz anders.

Die erste dieser Meinungen, der Spruch des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses war einst vom ganzen Landtag, einschliesslich

der CDU, verlangt worden; die zweite Meinung, die Antwort der CDU, stellt den Versuch dar, in Verkenning des Verfahrens eine Entschul-

digung zusammenzustammeln. Sie nimmt etwas vorweg, was nach parlamentarisch-demokratischem Brauch den Ordentlichen Gerichten über-

lassen werden soll.

Die CDU hat zweifellos die Frägwürdigkeit ihrer Stellung gespürt, daher wohl auch das Unbedachte ihrer Reaktion. Das war schon

deutlich, als der Sprecher der CDU, Dr. Ryba, Mitglied des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, seine Gegenerklärung verlas.

Sie übersah bewusst den epringenden Punkt des Geschehens: dass drei der prominentesten CDU-Mitglieder gegen Zahlung von je 2.000 RM

- also 200 DM - und mit einer Zeitungslizenz als einzigem Mitbringsel sich einen Vertrag in die Hände gespielt haben, der ihnen in einem

Zeitraum von 15 Jahren ein Vermögen sichert, das ihnen nachher niemand auch der zweimal "betroffene" Dr. Heinrich nicht, wegnehmen kann

- wenn sich die Sache so verhielte, wie sie von der CDU dargestellt wird.

Gewiss haben auch andere Lizenzträger bei anderen Zeitungsgründungen nicht mehr mitgebracht als die Lizenz. Aber diese Leute haben

sich das Geld oder die Mittel zur Handhabung der Lizenz in Verträgen gesichert, die einer Prüfung standhalten, oder aber sie haben sich

von vornherein nicht erst mit Personen eingelassen, deren politische Vergangenheit undurchsichtig war und somit Gelegenheit bot, beim

"Hellerwerden" entsprechend ausgenützt zu werden. Die drei CDU-Männer haben diesen Versuchungen unserer manchmal turbulenten Zeit nicht

widerstehen können. Das kann auch durch eine Verteidigungsschrift von 11 1/2 Zeitungsdruckseiten nicht entkräftet werden.

Auf ebenso schwachen Beinen steht die Behauptung, Dr. Schröter sei nicht der Autor des anonymen Briefes, der, wie das Kriminaltech-

nische Institut in Hamburg nachgewiesen hat, auf Schröters Schreibmaschine und auf dem Briefpapier der "Kieler Nachrichten" geschrieben

wurde. Gegen die Autorität des erwähnten Instituts wagte man nicht zu polemisieren. Aber, so behauptet man, die Schreibmaschine sei zeit-

weise in Reparatur gewesen. Immerhin, die Diktion des besagten Briefes und die intime Kenntnis der darin verratenen Dinge weisen eher

auf Dr. Schröter und seine Umgebung hin. Oder sollte etwa ein Schreibmaschinenmechaniker diesen auf detaillierter Kenntnis beruhenden

Brief an die Denazifizierungskammer und an das britische Public Safety - Amt Nr. 312 geschrieben haben?

Die Dinge werden ihren vorgeschriebenen Lauf nehmen, den der richterlichen Untersuchung. Nicht, weil die SPD in Schleswig-Holstein

die Mehrheit hat, sondern weil Recht und Anstand es verlangen. Und die CDU wird gut daran tun, weitere Unbedachtsamkeiten zu unterlassen.

Sonst würde sie dem Gedanken Nahrung geben, dass sie, die auf politische Untersuchung durch das Parlament so heftig reagierte,

etwa Besorgnis vor dem gerichtlichen Verfahren haben könnte. Aufregung allein ist kein überzeugendes Gegenargument.

- o -

Die Staatsanwaltschaft von Kiel hat das Wort

sp. Über den weiteren Verlauf der "Kieler-Nachrichten -Affäre" erklärte der schleswig-holsteinische Justizminister Katz unserem

Berichterstatter, dass die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Kiel aufgrund des Beschlusses des Landtages unverzüglich die Vor-

arbeiten für die Durchführung eines Ermittlungsverfahrens aufnehmen werde, um die Sachlage unter strafrechtlichen Gesichtspunkten zu

klären. Bei dem Umfang und den komplizierten Zusammenhängen der Materie sei mit einer gewissen Zeit zu rechnen. Die zivilrechtli-

che Klarstellung werde dadurch herbeigeführt werden, dass das Land Schleswig-Holstein voraussichtlich vor der Zivilkammer des Landge-

richts Kiel Klage erheben werde, um die Nichtigkeit der Verträge und die Zahlung angemessener Gegenleistungen für die Benutzung des

Objekts (Druckereianlagen der heutigen "Kieler Nachrichten") sicherzustellen. Auch dieser Prozess dürfte längere Zeit in Anspruch

nehmen, da voraussichtlich drei Instanzen zu durchlaufen sein werden. In Fachkreisen wird erwartet, dass die Angelegenheit ei-

nen Rattenschwanz von Prozessen auslösen wird, u.a. Regressansprüche verschiedener Art, Beleidigungs- und Verleumdungsklagen usw.,

die zum Teil angekündigt sind, zum Teil bereits schweben.

- o - o -

Ein feines Motto.

"Keiner hat zu dir Vertrauen,
bleibst du still im Hintergrund.
Auf die Pauke musst du hauen,
denn sonst kommst du auf den Hund".

Mit diesem Motto schickt die "Bäcker-Zeitung" für Nord-, West- und Mittelddeutschland ihre Nummer 15 vom 12. April in den "Tag des Brotes". Illustriert mit Kaulbachs berühmtem Gemälde "Lotte und Werther" und weiterhin ausgeschmückt mit dem Goetheischen Text zu diesem Bild aus dem Werther-Roman, schliesst der Leitartikel mit der Feststellung:

"Die Zeit ist angebrochen, da die Kaufkraft des Verbrauchers auf das Brot beschränkt sein wird. Wer diese Zeit begreift, der versteht auch den Sinn des "Tag des Brotes".

Man kann sagen, eine wahrhaft künstlerische Umschreibung der bitteren Not unserer Zeit.

- o - o -

Kanzler und Senator

H.P. Der Bundeskanzler hat in seiner bisherigen Politik und besonders in seiner Behandlung von Personalfragen von Beginn seiner Tätigkeit an eine Linie verfolgt, die von der Sozialdemokratie eher als deutschnational, denn als christlich-sozial oder demokratisch bewertet werden musste. Im Ausland freilich hat man diese Tatsache zunächst nicht gesehen oder sehen wollen und der immer deutlicher werdende Gegensatz zwischen den Erklärungen und Handlungen des Kanzlers und der von ihm sehr selbtherrlich geführten Regierung hat auch das Ausland auf die Gefährlichkeit dieser betonten Rechteentwicklung aufmerksam gemacht.

So war es nicht verwunderlich, dass der amerikanische Senator Guy Gillette zusammen mit sieben anderen Senatoren in einer Resolution an Präsident Truman die Überprüfung der US-Deutschlandpolitik forderte. Aus ihrer Begründung ist ersichtlich, dass die amerikanische Öffentlichkeit über das Anwachsen des Nationalismus in Deutschland sehr beunruhigt ist und die Senatskommission soll sich darüber schlüssig werden, wer für diese Lage die Verantwortung trägt. Die USA haben den Bundeskanzler in den meisten entscheidenden Fragen weitgehend unterstützt, vor allem auch, weil Dr. Adenauer als bürgerlicher Konservativer die Interessen des grossen Privatkapitals gegenüber den Sozialdemokraten konsequent vertritt. Eine Mitverantwortung bestimmter amerikanischer Stellen an dieser Entwicklung ist kaum zu bestreiten.

Die Gillette-Resolution ist von einer grossen Anzahl wichtiger Organisationen unterstützt worden. Besonders von den Gewerkschaften und fortschrittlichen Organisationen wie der Americans for Democratic Action, der American Association for Democratic Germany, konfessionellen Vereinigungen usw. Der amerikanische Hohe Kommissar hat den Vorschlag von Senator Gillette begrüsst.

In Deutschland haben wir alle Veranlassung, uns über das amerikanische Interesse an diesen Fragen zu freuen. Die deutschen Sozialdemokraten haben keine Gelegenheit vorbegehen lassen, der Welt die Gefahren des wirklichen Nationalismus in Deutschland zu sagen.

Indem man aber jede nationalpolitische Entscheidung der SPD als Nationalismus bezeichnete, verlor man die Fähigkeit zwischen den

echten und vermeintlichen Nationalisten zu unterscheiden. Nun ist man überrascht und schockiert.

Trotzdem sollte man aber die Bedeutung dieser Untersuchung nicht überschätzen. Schliesslich befassen sich die amerikanischen, ebenso wie die anderen alliierten Behörden nicht erst seit gestern gerade mit denjenigen Problemen, die Senator Gillette untersucht haben will. In der Tat umreissen jene zehn Punkte fast genau die Ziele der Besatzungspolitik. In den USA ist die Bildung von Kommissionen üblich, um dies oder jenes zu beweisen. Auch wenn es sich um Mitglieder des Senats oder des Kongresses handelt, ist damit die Regierung noch keineswegs gebunden. Bisher hat auch weder Präsident Truman noch ein anderes Regierungsmitglied dazu Stellung genommen. Dies wirft die Frage auf, wieweit die Aktion der acht Senatoren nicht hauptsächlich für den innenpolitischen Gebrauch gedacht ist - jetzt beginnt bereits das grosse Angeln nach Stimmen, da im November in den USA Wahlen stattfinden.

Die Untersuchungskommission soll sich aus Vertretern beider Parteien zusammensetzen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass bei beiden Parteien verschiedene Motive dahinterstecken. Vielleicht wollen die Demokraten zeigen, dass sie aktiv die nationalistischen und antisemitischen Strömungen in Deutschland bekämpfen, während es den Republikanern nicht unangenehm wäre, die Regierung und ihre Deutschlandpolitik in Verlegenheit zu bringen.

Diesen Gesichtspunkt sollte man, so begrüßenswert eine solche Untersuchung auch vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus sein mag, nicht übersehen. Immerhin ist wohl der Hinweis erlaubt: Wären die Warnungen der deutschen Sozialdemokraten in den letzten Jahren gehört und berücksichtigt worden, dann hätte sich wahrscheinlich die jetzige Untersuchung erübrigt.

Konrad Haenisch zum Gedächtnis +

Von Carl Severing

Vor fünfundzwanzig Jahren, am 28. April 1925, starb in Wiesbaden Konrad Haenisch, einer der ersten Pioniere, die Bresche in die Mauern des preussischen Dreiklassen-Wahlrechts gelegt haben. Er entstammte einer alten preussischen Beamten- und Offiziersfamilie. Schon in seiner frühesten Jugend, als er noch die oberen Klassen des Gymnasiums besuchte, bekannte er sich im Elternhause zu sozialistischen Ideen. Die Familie "verbannte" ihn daraufhin um die Mitte der neunziger Jahre nach Bethel bei Bielefeld, wo Pastor Friedrich von Bodelschwingh ihn vom "Bazillus des Marxismus" heilen sollte. Die Abschliessung misslang. Es war dem Verbannten möglich, eine Verbindung mit dem leitenden Redakteur der "Bielefelder Volkswacht" herzustellen. Er verliess Bethel und suchte zunächst in Leipzig einen engeren Anschluss an die Arbeiterbewegung. Ein jahrelanges politisches Nomadenleben folgte. Man sah ihn in einem Zeitraum von sieben Jahren an den sozialdemokratischen Zeitungen in Ludwigshafen, Dresden, Dortmund, Leipzig, wieder in Dortmund und dann in Berlin.

Zunächst stand er bei den Gruppen in der Partei, die sich als die Radikalen bezeichneten. Mit hohem idealistischen Schwung vertrat er ihre Ideen. Er war von der siegreichen Kraft der sozialistischen Ideen durchglüht und fest davon überzeugt, dass es der Verkündung dieser Ideen gelingen würde, in verhältnismässig kurzer Zeit die ganze Welt zu erobern. Im Jahre 1914 gehörte er zu den Politikern, die von dem Ausgang des ersten Weltkriegs eine Wende in der deutschen Innenpolitik erwarteten. Schon vor dem ersten Weltkrieg wurde er in den preussischen Landtag gewählt, wo er neben Beinert, Hoffmann, Kusé, Liebknecht und den anderen sozialdemokratischen Abgeordneten bei allen passenden Anlässen die Ungerechtigkeit des Dreiklassen-Wahlrechts anprangerte. In den Verhandlungen dieses Landtags der wilhelminischen Epoche offenbarte er sein besonderes Interesse für die Aufgaben der Unterrichtsverwaltung. Als darum im Jahre 1918 die preussischen Ministerien mit Sozialdemokraten besetzt wurden, wurde er von den Mehrheitssozialisten in das "Preussische Kultusministerium" entsandt, das er bis April 1921 verwaltete. Bei der Bildung der Grossen Koalition in Preussen im November 1921 musste er sein Amt an einen Volksparteiler abtreten.

Aber nicht lange lagen die Kräfte Konrad Haenischs brach. Im Herbst 1922 wurde er zunächst kommissarisch auf den Posten des Regierungspräsidenten in Wiesbaden berufen. Trotzdem er in weiten Kreisen wegen seines Wissens, seines lautereren Charakters und seiner Konzilianz persönlich ausserordentlich geschätzt war, wurde seine Kandidatur hart umkämpft. Insbesondere waren es die Volksparteiler, die gegen seine Ernennung protestierten und ihm mit heftigen Angriffen das Leben sauer machten. Auf der anderen Seite der Protestler standen die französischen Besatzungsbehörden, die seine Tätigkeit mit grossem Misstrauen betrachteten und ihn im Frühjahr 1923 auswiesen. Aber er erlebte noch die Genugtuung seiner Rückkehr und einer ausdrücklichen Anerkennung seiner auf eine deutsch-französische Verständigung gerichteten Tätigkeit durch die Franzosen.

Konrad Haenisch hat aber die ersten praktischen Erfolge dieser seiner Politik nicht mehr erlebt. Aber es sind ihm auch die grossen Enttäuschungen der nachfolgenden Jahre erspart geblieben: die Schrecken der Hitlerzeit, der neue Krieg mit Frankreich und die heutigen Schwierigkeiten einer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Sein früher Tod hat seinem Streben ein vorzeitiges Ende bereitet in einer Zeit, in der Männer von idealistischem Schwung, von Überzeugungstreue und Zukunftsglauben als Vorbilder vorzögen waren. Auf der Tafel ihrer mutigsten Vorkämpfer verzeichnet die Sozialdemokratische Partei auch den Namen Konrad Haenisch.